

---

## FORUM: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

---

### Ursula Weidenfeld: Investitions- und Innovationshemmnisse beseitigen!

*Dr. Ursula Weidenfeld, geb. 1962 in Mechernich. Studium der Germanistik, Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaft in Bonn und München, ist stellvertretende Leiterin des Ressorts Wirtschaft und Politik der in Düsseldorf erscheinenden Wirtschaftswoche.*

---

Die Suche nach einem Rezept zur Überwindung der steigenden Arbeitslosigkeit gleiche der nach einem „Äquivalent für die Landung auf dem Mond“ meint der amerikanische Ökonom Lester Thurow.

Im Januar und Februar 1997 wurden in Deutschland die höchsten Arbeitslosenzahlen seit dem Zweiten Weltkrieg registriert. Neben einem bedeutenden Anteil konjunkturell- und witterungsbedingter Arbeitsloser erreichte die strukturelle Arbeitslosigkeit ein bisher nicht gekanntes Ausmaß. In Deutschland gingen Arbeitnehmer aus dem Baugewerbe, dem Steinkohlebergbau und aus der Stahlindustrie auf die Straße, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren.

1. Offensichtlich gelingt es der deutschen Wirtschaft immer weniger, mit ihren Unternehmen eine Kapitalrendite zu erzielen, die der von Investitionen im Ausland vergleichbar oder überlegen ist. Deutsche Unternehmen investieren im Ausland, während umgekehrt immer weniger Ausländer für ihre Investitionen einen deutschen Standort wählen. Die in Deutschland verbleibenden Unternehmen nutzen jede Möglichkeit. Kosten und damit auch Personal zu reduzieren. Trotzdem bleibt ihre Produktivität selbst in High-Tech-Bereichen deutlich hinter der der US-Beschäftigten zurück, wie das McKinsey Global Institute jüngst feststellte. Analog zu dem offensichtlich verschleppten Strukturwandel stellt McKinsey fest, daß das alte Bundesgebiet verglichen mit den USA eine zwanzig Prozent niedrigere Produktivität und eine um 15 Prozent niedrigere Beschäftigung hat.
2. Der politische Handlungsspielraum der Nationalstaaten wird immer enger - je deutlicher der Weltmarkt sich auch als Wettbewerb der Standorte präsentiert, desto weniger Spielraum bleibt der Politik zu Sonderwegen. Die

IWF-Ökonomen Tanzi und Schuknecht prognostizieren, daß sich die Staatsquote der hochindustrialisierten Länder, die den Standortwettbewerb erfolgreich bestehen wollen, in den kommenden Jahren zwischen 30 bis maximal 40 Prozent angleichen wird. Für Deutschland heißt das: Der Konsolidierungskurs der Bundesregierung zur Sanierung der Staatsfinanzen wird den Verteilungsspielraum, innerhalb dessen die Folgen des Strukturwandels der deutschen Wirtschaft bisher einigermaßen komfortabel abgefangen wurden, weiter einengen, und zwar unabhängig davon, ob der Sparkurs ursprünglich von dem Plan einer gemeinsamen europäischen Währung ausgelöst wurde oder nicht.

3. Die Folge ist ein sich weiter dynamisierender Strukturwandel, der - auch dann, wenn man ihn ablehnt - nicht zu verhindern ist. Gelingt es nicht, diesen Prozeß zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen, werden die abhängig Beschäftigten die Opfer sein - weil sie arbeitslos werden und die staatlichen Sicherungssysteme versagen.
4. International operierende Konzerne minimieren ihre Steuerlast, indem sie die Finanzströme zu den jeweils günstigsten Steuerstandorten lenken. Keiner der Millionäre Hamburgs zahlt, so behauptet der Bürgermeister der Hansestadt, Einkommensteuer. Die durchschnittliche reale Steuerbelastung deutscher Spitzenverdiener liegt bei rund vierzig Prozent, die der Unternehmen noch darunter. Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Steuerreform unumgänglich, die einen für alle geltenden Spitzensteuersatz unter vierzig Prozent festschreibt und die Ausnahmetatbestände rigoros abschafft. Damit wird nicht nur der Gleichheitsgrundsatz im Steuerrecht wiederhergestellt, es wird auch ein transparentes und für alle nachvollziehbares System geschaffen - der Anreiz, Steuern zu hinterziehen oder zu vermeiden, wird vermindert. Es ist weder einzusehen, daß - wie jetzt - alle Steuerzahler die Montagszeitung durch steuerfrei gewährte Sonntagszuschläge subventionieren, noch ist es dauerhaft hinzunehmen, daß weltweit operierende Unternehmen kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber privilegiert werden. Die immer wieder diskutierte Spaltung des Spitzensteuersatzes für Unternehmen und Privateinkünfte wäre nichts anderes als ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Steuerberater.
5. Trotz maßvoller Tarifabschlüsse ist die Gesamtbelastung der deutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach Erkenntnissen des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung auch in diesem Jahr kaum gesunken. Und das, obwohl die Vermögensteuer zum 1. Januar weggefallen ist. Die Erhöhung der Sozialabgaben um 3,4 Prozent hat in der Automobilindustrie, beim Bau, im Maschinenbau und in der Ernährungsindustrie sogar für eine leicht gestiegene Gesamtbelastung gesorgt.

Arbeitsintensive Unternehmen werden am wenigsten entlastet, solange die Lohnnebenkosten weiter steigen. Zur Eindämmung dieser Kosten ist es notwendig, den jetzt in der Gesundheitsreform beschnittenen Weg weiter-

zugehen: Durch die höhere Selbstbeteiligung der Versicherten wird ein verantwortungsbewußterer Umgang mit dem Gesundheitssystem gefördert. In der Rentenversicherung wird sich der Anstieg der Beiträge auf Dauer nur bremsen lassen, wenn ein Kapitalstock aufgebaut wird, das Umlageverfahren also zumindest ergänzt, wenn nicht ganz abgelöst wird.

6. Die Tarifpartner müssen die Markteintrittsbarrieren für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose beiseiteräumen. Erste Schritte dazu sind abgesenkte Tariflöhne für Wiedereinsteiger. Das aber reicht bei weitem nicht aus, um breite Beschäftigungseffekte zu erzielen. Wer eine Arbeit aufnehmen will, muß das auch dürfen - auch wenn tarifliche Bedingungen einstweilen noch dagegenstehen. Der Grenzsteuersatz für Sozialhilfeempfänger und die Bezieher von Lohnersatzleistungen muß so gestaltet werden, daß sich die Aufnahme von Arbeit in jedem Fall lohnt. Der Lohnabstand zwischen Sozialhilfe und den niedrigsten Tariflohngruppen muß wiederhergestellt werden.
7. Die Regulierungs- und Genehmigungsdichte wird von deutschen Unternehmen als eines der gravierendsten Investitions- und Innovationshemmnisse angesehen. Wer eine dynamische und fortschrittliche Wirtschaft will, darf sie nicht durch den Primat bürokratischer Genehmigungsverfahren ausbremsen. Das gilt - darüber besteht weitgehender Konsens - sowohl für Baugenehmigungen wie zum Beispiel für die Genehmigung gentechnischer Experimente.
8. Vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, ist zwar grundsätzlich der falsche Weg zu mehr Beschäftigung zu kommen, trotzdem kann auch in diesem statisch-defensiven Modell Beschäftigungspotential gehoben werden, wenn mehr abhängig Beschäftigte in Teilzeitarbeitsverhältnissen arbeiten. Dies aber kann nur auf freiwilliger Basis funktionieren und erfordert mehr Flexibilität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
9. Jede am Wirtschaftsprozeß beteiligte Seite ist an der Bewältigung der Beschäftigungsmisere interessiert. Trotzdem darf nicht suggeriert werden, als habe jeder dasselbe Interesse an einer Beschäftigungsoffensive. Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten können nicht von runden Tischen und konzertierten Aktionen überdeckt werden - das Schicksal der Kanzlerrunden im vergangenen Jahr hat gezeigt, wie wenig erreicht wird, wenn allein der gemeinsame Nenner im Vordergrund steht. Wenn aber jede Seite nun verantwortlich handelt, dürfte die Arbeitslosigkeit in Deutschland zumindest mittelfristig deutlich zu reduzieren sein: Nur ein Land, das die Investitions- und Innovationshemmnisse beseitigt, ein transparentes und flexibles Steuer- und Sozialsystem schafft, das die Tarifverträge dereguliert und öffnet, wird mit neuen Jobs belohnt.